

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag der C. Meißner Buchdruckerei (Inhaber D. Ström), für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bez. 20, außer 25 f., Rekl.-Z. 80 f. mit Inf.-Stem. Kollekt.-Anzeigen 100%, Zuschlag. Offerte u. Auskunftsverträge 20 f. Bei größ. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nichterfolgens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Nachr. wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg 1.70. Durch die Post in Ost- und Oberamtsbezirk, sowie im sonst. Bez. 1.80 m. Postbezugspreis. Preis frei. Preis einer Nummer 10 f. Allen hoh. Gewalt steht kein Anrecht auf Herausgabe der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abbestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenten u. Ausdrägerinnen jederzeit entgegen. Preisänderung Nr. 4. Druck-Nr. 24. C.S. Druckerei Neuenbürg.

Deutschland.

Stuttgart, 27. April. Durch eine Verordnung der Minister des Innern und der Finanzen ist auf Grund des Gemeindeverfassungsgesetzes der Gemeindeverfassungsgesetz für das Rechnungsjahr 1926 auf 12 Prozent festgesetzt worden.

Berlin, 26. April. Am Jahrestag der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten veröffentlicht der 'Vorwärts' folgende Äußerung, die ihn wieder ehren: 'Hindenburg leistete seinen Eid auf die Verfassung und hielt ihn. Seine Reichspräsidentenzeit war ein würdevolles Bestreben, als republikanisches Reichsoberhaupt eine unparteiische Haltung einzunehmen, sicheren ihm und den Weisheit derer, die ihn bei der Wahl bekämpft hatten. So schwere Lasten und harte Proben, wie sie Ebert zu befehlen hatte, sind dem zweiten Präsidenten der Republik freilich nicht erspart geblieben.'

Evangelischer Bundeskirchentag I.

Stuttgart, 26. April. Der Evangelische Bundeskirchentag trat am Montag unter der Leitung seines Präsidenten, Gemeindepfarrherrn Köder, zu einer einwöchigen Tagung zusammen, die hauptsächlich der Beratung der kirchlichen Haushaltspläne für 1926 und 1927 gilt. Nachdem der Bundeskirchentag eingangs des verstorbenen Göttinger Abgeordneten Rektor Werke gedacht hatte, nahm er den von Abg. Kaiser-Gelbronn vorgebrachten Rechenschaftsbericht seines Ständigen Ausschusses entgegen. Der Berichtsherr begrüßte die Erklärung des Staatspräsidenten, daß in den nächsten Jahren die Staatsleistungen für die Kirche unersättlich weitergehen sollen und sprach sich für eine Milderung der rechtlichen Verpflichtungen des Staates hinsichtlich dieser Leistungen aus. Ferner begrüßte er es, daß infolge der Erträge der Kirchensteuer gegenüber dem Vorjahre für 1924 die dringend nötigen Baubeträge für bedürftige Gemeinden um 200.000 M. erhöht und mit 500.000 M. der Anlage eines Betriebskapitals geschaffen werden konnte. Von Jahr 1925 ab sei mit Ueberschüssen im Haushalt nicht mehr zu rechnen. Den Kriegsbeschädigten habe man jene mögliche Steuerermäßigung gewährt. In der Aussprache dazu erklärte Abg. Baum-Würtingen die Sammlung eines Betriebskapitals für eine unerlässliche Forderung einer gesunden Verwaltung; der 'Vorwärts', die Kirche habe zu viel Steuern erhoben, sei unberechtigt. Wünschenswert wäre, daß das Jahr 1925 Ueberschüsse ergebe, um die vorausgehenden der Abmilderung der beiden folgenden Jahre decken zu können. Der Bundeskirchentag trat ferner in die Beratung der Anträge zum kirchlichen Haushaltsplan ein, die durch Kirchenpräsident D. Dr. v. Weiz eröffnet wurde. Er dankte namens der Kirchenleitung allen, die sich zur Entlastung der Bundeskirchensteuer tätig fanden, und alle die bei deren Berechnung und Weiterentwicklung freiwillig mitwirkten, ferner den Gemeinden, die das Aufbringen der Kirchensteuer durch vorbildliche Auffassung und Organisation erleichterten. Sein weiterer Dank galt besonders den Gemeinden, die in stiller Kleinarbeit an Kindern, Alten, Kranken und Gewerblösen die bis jetzt fehlende soziale Fürsorge auf wirksame ergänzten. Der neue Haushaltsplan, der sich auf das Unerlässliche beschränkt, lege den neuen Baustellen und eine Summe für kirchliche Bauten vor, wobei besonders für die Verlegung der Vor- und Industrie- und der neuzeitlichen Zielsetzungen Sorge zu tragen sei. In der Erteilung des Religionsunterrichts dürfe trotz der jetzt übermäßigen Zustromnahme der Geheilten nichts abgebrochen werden. Eine erste Sorge sei für die Kirchenleitung die Gewinnung eines tüchtigen und genügend zahlreichem Nachwuchses für den Kirchengdienst. Unter diesem Gesichtspunkt werde die Neugestaltung der Lehrpläne und die Ermöglichung gemeinsamer Schulbildung zu einer lebenswichtigen Aufgabe der Kirche. Die Rede schloß mit einem Aufruf zu vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Kirchenleitung. In seinen näheren Darlegungen zum kirchlichen Haushaltsplan bemerkte Kirchenpräsident Dr. Schaeffler, daß die kirchliche Finanzlage sich als hoffentlich erhellende als vor zwei Jahren, obwohl bei den Ausgaben für das Jahr 1926 eine Ueberschreitung von 300.000 M. hauptsächlich für Pensionenansprüche festliege. Eine Senkung der Tarife der Landeskirchensteuer sei vorgeschlagen, was freilich die Haushaltspläne für 1926 und 1927 mit einem Mangel von 400.000 M. abschließen. Von den Einnahmen fallen 68 Prozent auf die Staatsleistungen, 21 Prozent auf die Bundeskirchensteuer und 6 Prozent auf Sonstiges; von den Ausgaben kommen 92 Prozent auf den verbleibenden 8 Prozent auf den tatsächlichen Bedarf. Da die Baubeträge leider nicht höher bemessen werden dürften, sei es am wichtigsten, daß die Bundeskirche den Kirchengemeinden für ihre Bauten Darlehen zu möglichst billigen gewähre. Der 'Vorwärts', daß die Kirche Schäden auf sammeln wolle, also Dekanatsverwaltung treibe, sei durchaus falsch. Sie sei neben den Staatsleistungen im wesentlichen auf den Ertrag der Kirchensteuer angewiesen, der aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zuverlässig gesichert werden könne. Er hänge hauptsächlich von der noch bevorstehenden Reichssteuerreform ab und der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Eine Herabsetzung der Steuermaßstäbe, der sich immerhin bedacht habe, sei unmöglich gewesen, und es sei alles vorgeesehen, was den Steuerpflichtigen die Erfüllung ihrer Pflicht erleichtern könne. Der Rechenschaftsbericht wird genehmigt. Nächste Sitzung Dienstag vormittags. Tagesordnung: Beratung über den kirchlichen Haushaltsplan.

Das Echo des Berliner Vertrags.

Der deutsch-russische Vertrag wird in der Berliner Presse allgemein begrüßt. Der 'Tag' schreibt: 'Wichtigste Wirkung des Vertrags als Regulator unserer Außenpolitik, als Gegengewicht gegen die schließende Locarnoankunft. Dann wird der Abschluß, auf lange Sicht betrachtet, zweifellos als Aktivismus zu bezeichnen, so sehr er sich momentan auf Illusionen gründet. Die 'Tägliche Rundschau' schreibt, man wird erwarten dürfen, daß der Vertragsabschluss seinen Zweck erfüllt, eine Brücke friedfertiger Entwicklung und gemeinschaftlicher Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Osten zu sein. Die 'Germania' sagt, die Vereinbarung brauche das Tageslicht nicht zu scheuen, enthalte der Vertrag doch nichts, was als ein Versuch gegen die anderen Mächte gegenüber eingegangenen Verpflichtungen angesehen werden könnte. Das 'Berliner Tageblatt' nennt den Vertrag eine selbstverständliche Ergänzung der Locarnoverträge. Die 'Deutsche Zeitung' nimmt an, daß durch diesen Vertrag die deutsche Position in der Welt nicht unwesentlich gestärkt worden ist. Die 'Deutsche Tageszeitung' steht in dem Vertrag einen Schritt auf dem Wege, die deutsche Handelsfreiheit wiederherzustellen. Die 'Arbeiterzeitung' weist darauf hin, daß der Vertrag in keiner Weise eine neue Lage schafft oder rechtlich und tatsächlich etwas an der Einstellung Deutschlands zu den Locarnomächten ändert. Sie begrüßt ihn aber, weil er das Bestreben zeige, sich wenigstens nicht von den Weltmächten als Stummholz gegen Ausland verwenden zu lassen. Der 'Vorwärts' wünscht, daß man nun auch in Rußland einsehe, daß es nicht unmöglich ist, mit den Locarnomächten des Völkerbundes Friedens- und Freundschaftsverträge zu schließen, zugleich aber den Völkerbund selbst zu beschimpfen.' Nur in der 'Deutschen Tageszeitung' wird die Frage angeregt, auf die es schließlich auch ankommt, nämlich, was Rußland denn aus dem Vertrag wirklich bietet.

Ausland.

Paris, 27. April. In Paris ist die öffentliche Meinung über die Frage, ob der Berliner Vertrag dem Völkerbund zu widerstreite, geteilt.

London, 27. April. Die englische Presse enthält sich nach den herabgehenden Versicherungen Chamberlains von jedem im allgemeinen eigener Kommentare über den deutsch-russischen Vertragsabschluss.

Zurückhaltung in der Schweizer Presse.

Basel, 27. April. Die Schweizer Presse verhält sich bisher zu dem neuen deutsch-russischen Abkommen zurückhaltend und beschränkt sich im allgemeinen auf die Wiedergabe der deutschen und ausländischen Pressestimmen. Man versteht aber in der Schweiz durchaus, daß Deutschland sich nicht einseitig nach Westen hin orientieren will, sondern als ein Land, das in der Mitte Europas steht, auch gute Beziehungen mit dem zukunftsreichen Osten unterhalten muß. In sozialistischen Kreisen namentlich wird die große Geschäftigkeit Rußlands in Paris mit einer bevorstehenden Annäherung Frankreichs an Rußland und Deutschland in Zusammenhang gebracht und begrüßt.

Ausprache Mussolinis in Mailand.

Mailand, 27. April. Trotz eines schweren Gewitterregens hatten sich gestern Abend über 50.000 Italiener zu Ehren Mussolinis auf dem Domplatz eingefunden. Mussolini dankte den Leuten und erklärte a. a.: 'Diese Zusammenkunft im Regen zeigt mir, daß ihr auch mit demselben Gleichmut im Gewitter stehen bleiben werdet. Mailand, das uns die Lösungen des Problems gegeben hat, ruht sich, um sie auch für die Zukunft zu geben. Mussolini schloß mit dem Ausruf: 'Schwarzgedenk!' Angeln liegen vorbei und Mussolini bleibt!' Diese Worte wurden mit maßloser Begeisterung aufgenommen.

Clemenceau läßt sich hören.

Paris, 27. April. Der 'alte Tiger' Clemenceau hat sich gestern gegen den Steuerernehmer zur Wehr gesetzt. Vor-

gehern bestien sich die Vertreter des Fiskus bei ihm ein, um eine Nachzahlung zu fordern. Clemenceau weigerte sich. Infolge dessen kam es gestern vor seinem Hause zur unangenehmsten Verhinderung eines Schranke im Werte von 2000 Franken. Das Möbelstück wurde auf die Straße gestellt und dort kurzweilig dem Meistbietenden verkauft. Die Wäcker müssen nicht, wie sie sich zu dieser Geste Clemenceaus stellen sollen. Einige linksrepublikanische Blätter erklären jedoch, daß die Steuerernehmer durch ihr Auftreten in Paris und ganz Frankreich sich unpopulär machten.

Italienische Verabfolgungsversuche in Angora.

Der 'Londoner Exchange Telegraph' meldet aus Konstantinopel, daß nach seiner Ankunft in Angora der italienische Konsul sofort eine zweifelhafte Besprechung mit dem türkischen Außenminister hatte, dem er versicherte, daß die freundschaftlichen Beziehungen der Regierung in Rom gegenüber der Türkei in direktem Widerspruch ständen zu den gegenseitigen Verpflichtungen, die in der Presse veröffentlicht worden seien.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 26. April. In den letzten Monaten hat Schnitter Tod unter den älteren Einwohnern reiche Ernte geerntet. Schuhmachermeister Schenker, Christian Oberhard, Nagelschmid, Stadtvogel Otto, Altbuchdruckermeister Ruch und Metzgermeister Dietrich mußten wir innerhalb kurzer Zeit das letzte Geleite geben. Heute müssen wir den Tod von Georg Kienle, Grünbaumwirt, melden, der gestern im 68. Lebensjahr nach ganz kurzer Krankheit verschied. Grünbaumwirt Kienle war eine Persönlichkeit, der man ohne weiteres Achtung und Verehrung entgegenbringen konnte; sein einfaches schlichtes Wesen schuf ihm allseitiges Vertrauen in der Einwohnerschaft. Dieses Vertrauen der Einwohnerschaft entsandte ihn 12 Jahre lang, von 1906 bis 1917, in den Gemeinderat, wo er bestrebt war, in strenger Unparteilichkeit auf dem Wege des Rechts als Gemeinderat seines Amtes zu walten. Auch dem Vaterlande brachte er ein Opfer, sein Sohn Hermann büßte auf dem Felde der Ehre. Mit Grünbaumwirt Kienle ist ein würdiger Vertreter der alten Vierbrüderzeit dahingegangen, der es sich angelegen sein ließ, den edlen Geistesfortschritt unter sachgemäßer Behandlung den Gassen vorzuführen. Möge er in Frieden ruhen!

Neuenbürg, 26. April. Die Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, am Samstag den 1. Mai, eine Bezirksfeier abzuhalten, wozu auch sämtliche Ortsvereine des Bezirks aufgefordert sind. Die Teilnehmer treffen sich vormittags 10 Uhr beim Stadthaus Neuenbürg. Von da ab Demonstration durch Neuenbürg nach der Wirtschaft zum Palmhof (Hollstelle Engelsbrand), wobei die eigentliche Feier stattfindet. Die Festrede wird der Genosse Erle (Stuttgart) halten. Bei ganz schlechter Witterung wird die Festrede in Neuenbürg gehalten. Die Ortsvereinsvorsitzenden werden ersucht, innerhalb den einzelnen Orten genügend bekanntzugeben, damit die Majorität eine möglichst gute Rundgebung für den Bezirk wird.

Neuenbürg, 26. April. (Feldbereinigungsarbeiten.) Dieser Tage sind es 40 Jahre, seit das württembergische Feldbereinigungsgesetz in Kraft getreten ist. In dieser Zeit sind im ganzen 1620 Feldbereinigungen mit 202.300 Hektar oder rund 640.000 Morgen Fläche zur Ausbesserung beschaffen worden. Von diesen waren bis 1. Januar 1926 im ganzen 1063 Feldbereinigungsunternehmen mit 123.765 Hektar vollständig abgeschlossen, während zum gleichen Zeitpunkt 406 Feldbereinigungsunternehmen mit 78.634 Hektar noch in Bearbeitung waren. Im Jahre 1925 sind insgesamt 95 Feldbereinigungen mit 981 Hektar neu angefallen und in der Abstimmung zur Ausführung beschlossen worden. Von den zurzeit in Ausführung begriffenen 406 Feldbereinigungen werden 177 Unternehmen mit 51.763 Hektar von 20 staatlichen Vermessungsämtern für Feldbereinigung und 229 Unternehmen mit 46.871 Hektar von 71 privaten und körperschaftlichen Vereinigungsgeometern bearbeitet. Viel ist während der letzten 40 Jahre also im Feldbereinigungswesen in Württemberg geschaffen worden und außer unbestreitend sind die Verbesserungen, die das Gesetz von 1886 geschaffen hat; nun gilt es, auf der einschlägigen Seite fortzuschreiten, bis die ganze bereinigungsbedürftige Fläche von rund 600.000 Hektar, die bis heute nur etwa zu einem Drittel bereinigt ist, neuzuständig eingeteilt und mit künftigen Wegen versehen ist.

(Wetterbericht.) Der Einfluß der nördlichen Depression nimmt ab. Für Donnerstag und Freitag ist, wenn auch ziemlich bedecktes, so doch in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Wirkensfeld, 26. April. Die Radfahrer-Vereinigung Wirkensfeld veranstaltete anlässlich der ersten Gausfahrt des ant. Schwarzwalddays im Landes-Radfahrer-Verband Württemberg, am letzten Sonntag im Saal zum Hotel 'Schwarzwaldbad' ein Saalportfest mit Kunstfahrten, woran sich die Gammereine in überaus zahlreicher Anzahl beteiligten, zumal der 1. Vorsitzende des Landes-Radfahrer-Verbands Württemberg, Herr Sauer, anwesend war. Der Saal war viel zu klein, um alle von außenwärts und auch von hier herbeigekommenen Sportsanhänger zu lassen, sodass viele genötigt waren, sich anderwärts Unterkunft zu suchen. Nach einigen kurzen einleitenden Worten des Vorsitzenden der diesigen Ortsgruppe, Herrn Eugen Häuser, und dem Vorsitzenden des Gauses, Herrn Stieringer, nahm der Gast Herr Sauer aus Stuttgart, das Wort, um in trefflichen Ausführungen den Zweck und die Ziele der Landes-Radfahrer-Vereinigung Württemberg darzulegen. Er betonte, daß man anlässlich der Reichsfeierlichkeiten den besten Moment ergriff hätte, um der Allgemeinheit auch diesen herrlichen Radport im Saal vor Augen zu führen, daß durch Sport, gleichviel welcher Art, die Jugend zu dem erzogen werden soll, um ein in

Teufelsgesetz? ...

London, 27. April. In England beginnt man mit einer sorgfältigen Prüfung des Berliner Vertrags. Günstig finden zwischen Frankreich und England Besprechungen darüber statt.

New-York, 27. April. Der Nordpostleger Kapitän Wilkins der vor zwölf Tagen von Point Barrow nach Point Barrow floh, ist leiblich verstorben. Keinerlei dröhnende Nachricht wurde von ihm aufgefunden. Das zweite Flugzeug der gleichen Expedition mußte die Fahrt nach Point Barrow, um Benzin und Öl zu beschaffen, wegen Motordefekts aufgeben.

Washington, 27. April. Die Schuldenübertragungskommission hat beschlossen, den französischen Beschäftigten Beträge zu erlassen, bei seiner Regierung wegen Erhöhung der Jahresstilgungsrate gegenüber dem letzten französischen Vorschlag vorstellig zu werden.

Los Angeles, 27. April. Die „Los Angeles“, der frühere „S.R.S.“, ist nach langer Zeit zum erstenmal wieder zu einem Probeflug aufgestiegen, dessen Dauer auf etwa 8 Stunden angesetzt ist.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. April. Reichstagspräsident Lohde eröffnet die erste Sitzung nach den Osterferien mit der Mitteilung, daß für den verabschiedeten Zentrumsgesetzentwurf (Zehnbach) die Abgeordnete Frau Willy eingetreten ist und der sozialdemokratische Abgeordnete Seering wegen Krankheit sechs Wochen beurlaubt ist. Ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Strafverfolgung des Abg. Kay wegen Landfriedensbruch wurde dem Geschäftsausschuss überwiesen und dem Staatsanwaltschaftsamt ein demokratischer Antrag auf Wiedereinführung der vierjährigen Gehaltszahlung der Beamten. Nachdem ohne Ausnahme der Gehaltswurf angenommen war, durch den die Frist für die endgültige Abgrenzung der Bezirke der Bundesfinanzämter bis zum 1. April 1928 verlängert wird und das Gesetz über Prüfung und Beglaubigung der Fieberthermometer angenommen worden war, folgte die erste Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes. Nachdem Reichsarbeitsminister Brauns die Vorlage begründet hatte und dem Hause zur Annahme empfohlen, nahmen noch die Redner der verschiedenen Parteien dazu das Wort. Der Gehaltswurf wurde schließlich dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Um 17 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen u. a. das durch das Volksbegehren eingebrachte Gesetz über die Fährtensteuergesetze und das Gesetz über die Duellbestrafung.

Telegrammwechsel Stresemann-Tschitscherin.

Berlin, 27. April. Reichsaussenminister Dr. Stresemann und der russische Volkstammminister Tschitscherin haben anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrags Telegramme ausgetauscht. In dem Telegramm Stresemanns gibt dieser der Zusage Ausdruck, daß der Berliner Vertrag seinen Zweck erreicht wird, auf der durch den Rapallovertrag geschaffenen Grundlage freundschaftlichen und friedlichen Zusammenwirkens beider Völker an der Festigung des Friedens mitzuwirken. In dem Telegramm Tschitscherins heißt es: Wir hoffen den Vertrag auf als ein Werkstück des Friedens, das zur Befestigung des Weltfriedens beitragen wird. Der Geist von Rapallo lebt in diesem Vertrag weiter und übt seinen wohlthuenden Einfluß auf die allgemeine Lage aus.

Die Strafentwürfe im „Kleinen Spritstieberprozeß“.

In dem sog. „Kleinen Spritstieberprozeß“, der seit etwa zehn Tagen das Schöffengericht Berlin-Weidling beschäftigt, beantragte der Staatsanwalt gegen die Hauptangeklagten Rading und Friedrich Wilhelm Weber wegen Monopolvergehen und Verletzung je ein Jahr acht Monate Gefängnis, sowie 100 000 Mark bzw. 90 000 Mark Geldstrafe. Gegen die mitschuldigen Polizeibeamten Becker, Romberg und Krause beantragte der Staatsanwalt wegen Verletzung, Amtsverbrechens und Beihilfe zum Monopolvergehen Haftstrafen von 1-3 Jahren, Geldstrafen von 6000 bis 40 000 Mark und gegen Becker und Romberg außerdem Verlust der Ehrenrechte auf fünf Jahre. Gegen die übrigen der Beihilfe Angeklagten wurde teils Freisprechung, teils eine geringere Geldstrafe beantragt, nur gegen Kaufmann Veitinger lautet der Antrag auf sechs Monate Gefängnis und 80 000 Mark Geldstrafe.

Der Berliner Vertrag im Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 27. April. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags wurde zunächst die Beratung über die deutsch-russischen Vertragsverhandlungen zu Ende geführt. Die Erörterung wendete sich in der Hauptsache der Erläuterung von Spezialfragen juristischer und politischer Natur zu, die sich aus dem deutsch-russischen Vertrag ergaben und zu denen Reichsaussenminister Dr. Stresemann mehrfach das Wort ergriff. An der Sitzung beteiligten sich aus den Kreisen der Reichstagsmitglieder: der bayerische Gesandte von Proger, der sächsische Gesandte Dr. Gradow und andere. Aus Reichstagspräsident Lohde nahm an den Verhandlungen wieder teil. Der Reichsaussenminister war wiederum von dem Staatssekretär Dr. v. Schuber und Ministerialdirektor Haus begleitet. Im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika behandelt. Hieran schlossen sich Beratungen über verschiedene Petitionen, die die Amnestie, Entschädigungsansprüche, Fürsorge für die Opanten aus Polen und andere Fragen behandelten. Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

Der Zulassungsentwurf zur Aufwertung und Volksbegehren eingereicht. - 6,5 Millionen Aufwertungs-Prozesse unabhängig.

Berlin, 27. April. Dem Reichsinnenministerium ist am Dienstag nachmittag vom Sparerbund unter dem Namen „Sparerbund Dr. Best“ der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens auf Abänderung der Aufwertungsfrage vom 15. Juli 1925 zugegangen. Die zur Stützung des Antrags erforderlichen Unterschriften waren beigelegt. Nach seiner Prüfung durch das Justizministerium wird er dem Reichstagspräsidenten zur weiteren Beschlußfassung zugehen. Bei der bekannten Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Aufwertungsentscheid darf man annehmen, daß sie auf scharfem Erdboden steht. Inzwischen wird bekannt, daß in Deutschland bisher 6,5 Millionen Aufwertungs-Prozesse unabhängig gemacht sein sollen, von denen nur 10 Prozent zur richterlichen Entscheidung gelangt sind.

Um das Gemeindebestimmungsrecht.

Berlin, 27. April. Der Hausbauausschuss des Reichstags beabsichtigt sich in seiner heutigen Sitzung mit dem kommunalen Reichsgesetz gegen den Alkoholmißbrauch und mit der Ergänzung des Gesetzes zum Gemeindebestimmungsrecht. Es wird bestritten, daß mit dem Gemeindebestimmungsrecht eine Erleichterung Deutschlands beabsichtigt sei und letzte einen von dem stammenden Entwurf über das Gemeindebestimmungsrecht, wonach auf Verlangen von einem Fünftel der zur Gemeinde wahlberechtigten Mitglieder einer Gemeinde, in der mehr als eine Schenkstätte vorhanden ist, darüber abgestimmt ist, ob eine Schenkstätte vorhanden ist, darüber abgestimmt ist, ob die Erlaubnis im Falle des Besitzwechsels erneuert werden darf oder nicht, ob das Auswärtigen und Verwaltungen im Branntwein nur im Kleinhandel oder nur in Groß- u. Einzelwirtschaften oder in beiden verboten werden soll und ob schließlich die Polizeibehörde weiteren Einschränkungen zu unterwerfen ist. Für die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion sprach Schulz-Braunberg (Dn.) gegen das Gemeindebestimmungsrecht aus, während Dr. Mumm (Dn.) für harten und energischen Kampf gegen Alkoholmißbrauch und Trunksucht sprach. Abg. Rauh (B. V.) erklärte, daß seine Fraktion grundsätzlich Gegner von Zwangsbestimmungen sei. Abg. Dr. Mohr (Dn.) erklärte, daß in Amerika seit der Trockenlegung die Erbschaften an Tuberkulose erheblich zurückgegangen seien. Von welchem Standpunkt aus habe er zu sagen, daß der Alkoholismus ein Hauptträger und Förderer verschiedener Krankheiten ist. Abg. Dr. Vides (D. V.) erklärte, daß seine Fraktion in keiner der neuesten amtlichen Berichte aus den amerikanischen Staaten über die Trockenlegung erheblich zugenommen haben. Frau Kretschmer (Dn.) erklärte sich für die kommunale Initiative für die Einführung des Gemeindebestimmungsrechts. Der Ausschuss vertagte sich auf Mittwoch.

Ein vorzügliches Nachschlagewerk. Unentbehrlich für jeden Geschäftsmann, jeden Hotel- und Gasthofbetrieb! Adreßbuch für den Oberamtsbezirk Neuenbürg. Enthält auf rund 400 Seiten Text anregendes und geistreiches Inhalts. Vorrätig und sofort lieferbar durch C. Neeh'sche Buchdruckerei, Neuenbürg. Inh.: D. Strom.

Bekanntmachung.

Infolge Heranführung der F-Anschlüsse in Bernbach an die F.B. Stelle Herrenalb beabsichtigt die Deutsche Reichspost das vom Postamt Herrenalb entlang der Körperstraße Herrenalb-Bernbach führende F-Gestänge, das bisher mit Querschienen zu vier Stützen ausgerüstet war, in ein solches, teils mit drei, teils mit zwei Querschienen zu sechs Stützen umzubauen.

Der Plan und das Stangenbild sind auf die Dauer von vier Wochen beim Postamt Herrenalb zur Einsichtnahme aufgelegt.

Tübingen, den 23. April 1926.

Telegraphenbanamt.

Die schönsten und billigsten Damen-Hüte von Mk. 2.75 an finden Sie im Modehaus Josef Fertig, Pforzheim. Ecke Leopoldstrasse und Halnergasse. Eigene Fabrik.

Zur Vertilgung von Feldmäusen und Ratten ist Mäuse-Gift-Weizen, Mäuse-Gift-Hafer, Phosphor, Latweg und Meerzwiebel, das idealste und billigste Vertilgungsmittel. Ferner empfehlen wir: Raupenkorn, Ia. Obstbaumkollinonum, Uranlagrün, Saatbeize usw. Helfer, Desinfektions-Anstalt, Pforzheim, Güterstr. 21, Fernsprecher 1923.

Original Kieler-Anzüge und Kleider in Wusch und Woll zu Original-Fabrikpreisen, ohne jeden Zwischenhandel auf 3monatl. Katen. Verlangen Sie Vertreterbesuch. Wilhelm Schrier, Calmbach. Neuenbürg. Ein schönes, möbliertes, heizbares Zimmer für ein oder zwei Personen sofort zu vermieten. Zu erfragen in der „Engländer“-Geschäftsstelle. H. M. „Hirsch“.

Neuenbürg, den 27. April 1926. Todes-Anzeige. Unser lieber Vater, Gross- und Schwiegervater Georg Kienzle, Grünbaumwirt, ist heute nachmittag nach kurzer Krankheit sanft entschlafen. Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung: Donnerstag nachmittag 4 Uhr.

Alles frei Hans, Holsteiner Käse. In Dolkat 200 Stück Harzerkäse 4.95 Mk. 9 Pfd. Tilsiterform in Staalol 6.50 Mk. 9 Pfd. Holländerform 4.95 Mk. Ia G. Limburger 6.95 Mk. E. Napp, Altona b. Hamburg No. 495.

Sängerver. „Freundschaft“ Neuenbürg. Wir setzen die Mitglieder von dem Ableben unseres treuen passiven Mitgliedes Herrn Georg Kienzle herzlich in Kenntnis. Zahlreiche Beteiligung ist Ehrensache. Beerdigung Donnerstag nachm. 4 Uhr. Sammlung 1/4 4 Uhr im Gasthof zum „Bären“. Der Vorstand. Krieger-Berein Neuenbürg. Der Verein beteiligt sich am Begräbnis seines alten Kameraden Georg Kienzle. Sammlung: Donnerstag mittag 1/4 4 Uhr im Lokal. Der Vorstand. Schwarzenberg. Eine 37 Wochen trachtige Kalbin hat zu verkaufen Kraft s. „Röhle“.

Schützen-Berein Neuenbürg. (Abteilung Zimmerschützen.) Heute abend erstes Becher-Schießen. Schützenmeisteramt. Neuenbürg. Morgen Schlachtpartie bei Reitz s. „Dahjen“. Virkenfeld. Der verehel. Einwohnerschaft Virkenfelds zur gefl. Kenntnis, daß ich, einem vielseitigen Wünsche entsprechend, Anfang Mai einen Handarbeits-Kurs eröffnen werde. Es werden sämtl. modernen Vorkarsten, wie Gabelhäckel, Kunststriden usw. gezeigt und bitte um zahlreiche Beteiligung. Anmeldungen erbeten abds. zwischen 7-8 Uhr. Frau Lina Proß, Hotel, II. Stof. Neuenbürg. Lohulisten für Bauhandwerker sind vorrätig in der C. Neeh'schen Buchdruckerei. Inh.: D. Strom.

Neuenbürg. Bohnensteden, zu 20 Stück gebündelt u. gepulvert, hat abgegeben Chr. Bacher. Virkenfeld. Ein 1 1/2 jähriges Kind, zur Zucht geeignet, hat zu verkaufen Heinrich Baral. Dabel. Steinhauerknöpfe circa 150 Stück, sowie einen Posten Kumpfe für Wehsteine hat zu verkaufen. Ferner empfehle ich selbst angefertigten Leiterwagen verschiedener Größe. Im. Bott, Drehschiff.

Leicht laufend, stabil und leicht zu montieren sind meine Pfadfinder Räder mit zweijähriger Garantie von 68 Mark an. Nähmaschinen, Sprechrate, Gummi, Latex, Preise niedr. Instr. Katalog gratis. Eleka Compagnie Kassel. Beste Bezugswelle für Wiederverkäufer. Hand-Datummapp für Kanten und Wände sofort lieferbar. C. Neeh'sche Buchdruckerei.